



Bezugspreis in Breslau und in der Provinz bei unseren Agenturen durch eigene Boten frei ins Haus monatlich 150 M., wöchentlich 36 M.; bei Abholung von den Niederlassungen u. Agenturen monatlich 147 M., wöchentlich 35 M.; bei Abholung von den Geschäftsstellen in Breslau monatlich 145 M., wöchentlich 34 M. Bei der Post monatlich 150 M.

Breslau, Freitag, 15. September 1922

Einrückungsgebühr für den 1. Spalt, Raum in Millimeterhöhe (1 Zeile ist 2 1/2 mm hoch), 12,00 M. (Abendblatt 13,00 M.), bei Anzeigen a. Schließen u. Posten 6,00 u. 11,00 M. In der Morgenausgabe Stellengeduld 5,00 M., Familienanzeigen (nur zwei- u. mehrspaltig), die zweispaltige Millimeterhöhe 5,00 M., Nachrufe 0,00 M., Anzeigen an bevorzugter Stelle (3 Spaltig) 55,00 M., Schließen u. Posten 46,00 M.

Verantwortlicher: Dr. Richard Schmitt, Verleger der Redaktion Ring Nr. 2681, 4722 und 540 (letzte nur für den Stadtbezirk), der Handelskasseler Ring Nr. 4418. Erschienen der Redaktion 10 bis 12 Uhr. Manuskripte werden nur zurückgegeben, wenn Rückporto beiliegt. Zeitungsbestellung und Anzeigenannahme (Schluß 5 Uhr, ohne Gewähr für eine bestimmte Nummer) in der Geschäftsstelle, Schmelzener Straße 47/49 (Fernsprecher Ring Nr. 1944 und 4410 und in der Postfachstraße 17, Fernsprecher Ring Nr. 4763. Telegramm-Adresse: Schlesische, Postfach 10. Bei Abwesenheit: Deutsches O.S. Solgerstraße 3, Fernsprecher Deutsches O.S. 1023. Bei Störungen durch höhere Gewalt, Streit, Auslieferung u. dgl. können Erscheinen nicht garantiert werden.

Eine Programm-Rede des Reichskanzlers.

Dr. Wirth vor dem Industrie- und Handelstage.

Berlin, 14. September. In der heutigen Eröffnungsfeier der 43. Vollversammlung des deutschen Industrie- und Handelstages, der u. a. Reichskanzler Dr. Wirth, Reichswirtschaftsminister Schmidt und preußischer Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf bewohnten, ergriff nach einleitenden Worten des Präsidenten Franz von Mendelssohn Reichskanzler Dr. Wirth zu einer längeren Ansprache das Wort. Er führte u. a. aus:

Zurzeit sei angesichts der jüngsten belgischen Forderungen nicht der Augenblick, um Stellung zu nehmen, ehe nicht im Schoße der Regierung Entscheidungen gefallen sind. Er warne davor, die politischen Ereignisse der letzten Tage mit sogenannten Krisengerüchten

zu begleiten, die das Gefährlichste seien, was man sich denken könne. Mit innerpolitischen Krisen löse man weder ein innere, noch ein außenpolitisches Problem. Die Regierung habe zu führen. Sie gehe einen klaren, bestimmten Weg. Erweisen sich ihre Methoden nicht als gangbar, so sei es Sache des Parlaments, eine andere Regierung an die Spitze zu stellen, die dann mit einem neuen, aber ebenfalls bestimmten Programm hervortrete. Er sei hierher gekommen, um vor Vertretern aller deutschen Gauen, Stämme und Länder eine aufrichtige

Mahnung zur Besonnenheit und zum Besinnen auf die tatsächliche Lage, auch auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, auszusprechen. Diese Mahnung richtet Deutschland ja an die ganze Welt, insbesondere an unsere ehemaligen Gegner im Auslande. Es wäre aber auch am Platze, sie an das ganze deutsche Volk zu richten. Jederzeit biete die Regierung die Hand zur Verständigung mit den Ländern, den Gemeinden und mit jeder Stelle des öffentlichen Lebens in Deutschland. Das Bestreben, die Schwierigkeiten der Lage zu überwinden, dürfe niemals begleitet sein von

ultimativen Drohungen.

Jede innerdeutsche Schwierigkeit müsse überwunden werden in dem vollen Bewußtsein, daß das erste, was es zu retten gilt, die Einheit des Vaterlandes sein müsse. Sie als letztes kostbares Gut einer großen rühmreichen Vergangenheit, die wir nicht schmählich wölken, hinüberzuretten in die neue politische Entwicklung, sei das Wichtigste. Er wisse, daß er mit seinem Bekenntnis zur Einheit denen eine Freude bereitet habe, die aus dem Rheinland, aus Oberschlesien, aus Schleswig-Holstein und anderen Grenzgegenden unseres Vaterlandes kommen. Das Ziel und der Leitstern der deutschen Außenpolitik sei die Verpfichtung, unser Volk mit Brot zu versehen, es zu kleiden und zu behausen.

Erst Brot für das deutsche Volk, dann Reparationen. Dieses Wort habe überall Verständnis gefunden, wo an Stelle blinden Hasses der Wille zur ökonomischen Verständigung getreten ist. Die Worte seien aber wirkungslos und würden ihr Ziel verfehlen, wenn im deutschen Volke nicht die politischen Kräfte vorhanden seien, sich zu versammeln und zu vereinen zur Tat, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Der Reichskanzler wies darauf hin, daß er sich von den Führern von Handel und Industrie stets habe beraten lassen, betont aber, wenn man seinen Rat gebe, müsse man auch alles aufbieten, um in großen entscheidungsreichen Stunden

mitzuhelfen und mit der Verantwortung zu tragen. Die Organisation des Krieges gegen den Hunger müsse nicht nur eine Gruppe, vielmehr das ganze Volk und das ganze Deutschland dazu bereit finden, die drohenden großen sozialen Gefahren abzuwehren. Dieser

Kampf gegen den Hunger

sei nicht nur ein großer Dienst für das deutsche Volk, sondern auch für ganz Europa und die ganze Welt. Die Versöhnungspolitik des Verfassungsrates von Weimar sei ein wahres Werk des Aufbaues Europas gewesen. Die Voraussetzung für jeden Fortschritt des deutschen Volkes im Dienste Europas und der ganzen Welt, nämlich die glückliche Führung der deutschen Außenpolitik, hänge aber von der

wirtschaftlichen Einsicht unserer ehemaligen Gegner ab. Es sei in den letzten Monaten gelungen, die Nebelschwaden der wirtschaftspolitischen Unwissenheit bei ihnen zu zerstreuen. Hier und dort befänden sich aber in Europa und in der ganzen Welt immer noch Menschen, die meinten, ein Volk für sich allein könne zu Zahlungen gezwungen werden, die — wie jedes Kind sehe —

ökonomisch eine Unmöglichkeit

sind. Es gebe nur einen ähnlichen Wahn, der in Europa ausstöße, den Heizenwahn. Die Aufgabe der Vorbereitung von Konferenzen und Kongressen, auf denen Leute des Handels, der Industrie und überhaupt der Wirtschaft die Wahrheit sagen können, hätten wir zu lösen versucht. Der Tag der Erkenntnis sei heraufgedämmt. Aber eine Gefahr sei damit verbunden. Für Europa sei die Möglichkeit gegeben, daß, bis diese Erkenntnis sich umsetze in eine politische Tat, in eine

wirklich ökonomische Begrenzung der Reparationen, die Völker, um die es gehe, innerlich zusammenbrechen und Europa in Ruinen liege. Die Gefahr sei vorhanden, daß es auch hier heißen könnte: Zu spät! Aber die Pflicht haben wir, alle staatlichen, kulturellen und moralischen Kräfte aufzubieten, um den Zusammenbruch unseres Volkes zu verhüten, ehe diese politische Erkenntnis zur wirtschaftlichen Tat geworden ist. Alle, die am Kreuze teilgenommen haben, müssen sich zusammenschließen, um das Ende des Krieges noch einmal durchzusprechen und dann Paragrafen an Paragrafen zusammenzusetzen, die der Welt einen

wirklich dauernden Frieden gewährleisten. Der Reichskanzler erinnerte an Dr. Rathenau's Worte auf der Genuaer Konferenz: paece paece! paece! Sei dieser Frieden heute wirklich da? Nein, Europa habe keine wirklich große Politik, sondern eine Politik der Termine. Die Politik der Termine aber sei eine Politik der Dilettanten Europas. Wollte man deshalb zum Ziele kommen, so müsse man die große Frage der Reparationen auf eine nüchternere, realistische Basis stellen. Auf diese Basis werde sie nicht von denen gestellt, die mit

Säbel und Diktat

Europa verunruhigen, sondern von Männern der geschäftlichen Arbeit zur Versorgung der Welt mit Brot, Kleidung und Bekleidung. Die Einsicht der Staatsmänner und der Wille zur Tat müsse die Arbeit dieser Geschäftsleute in der ganzen Welt begleiten. Wir seien deshalb allen dankbar, die mitgeholfen haben und mitwirken werden, die Ruinen aufzubauen und die Wunden des Krieges zu heilen, ohne deren Heilung Europa überhaupt nicht zur Ruhe kommen könne. Es werden Verträge geschlossen, um die Wunden Nordfrankreichs zu heilen und den Wiederaufbau zu fördern. So sei diese Arbeit durchaus in der Richtung und in den bisher beschrittenen Bahnen der deutschen Politik gelegen. Der Reichskanzler hob nochmals besonders hervor, daß die ökonomisch mögliche Erfüllung das Ergebnis sachlicher Einsicht und Einigung sein müsse. Demgemäß sei es gewesen und sei es anstehend unsere Politik den Gläubigern gegenüber, das ganze Problem in eine Atmosphäre der Einsicht und Einigung zu steuern.

Wir wollen die Welt von den Terminkrisen befreien.

Wir wollen die Welt von den Terminkrisen befreien, die zu jedem Zahlungsstermin und bei jeder Verhandlung über die Zahlung einzuschicken pflegen. Dazu sei es erforderlich, daß die internationale Mentalität nicht jedes Mal Krisen und ultimative Forderungen widerspreche, die uns von dem Ziele, unsere Leistungen mit unserer Leistungsfähigkeit in Einklang zu bringen, entfernen und die Verheißung des erstrebten weltlichen Friedens verweigern. Wir glauben; auf diesem Wege zu einer ruhigeren Verhandlungsmoralität einen kleinen Schritt weiter gekommen zu sein und werden mit Geduld und mit ruhiger, fester Hand das Steuer auch weiterhin in dieser Richtung zu führen haben. Der Weg sei klar. Es sei der Weg, den Völker nach verlorenen Kriegen gehen müssen. Dieser Weg sei nicht Schlemmerei, nicht Vergewöhnung des Nationalabermögens, es sei nur der Weg der harten Arbeit, und wenn es sein müsse, der

harten Mehrarbeit aller Schichten.

Keine Partei im Deutschen Reich sei sich selbstbewußt, und im Streben nach dem Ziel der Rettung des deutschen Volkes hätten die Parteien auch die eigene Existenz in die Waagschale zu werfen. Das gelte von links wie von rechts, aber insbesondere von den bürgerlichen Parteien der Mitte. Im Ringen um die Methode der Politik dürfen keine wertvollen Mitarbeiter im blutigen Strauß mit sinnlosen Panatzen ihr Leben verlieren. Die Methode sei gleichgültig, das Ziel sei das Höchste. Im Ringen um dieses Ziel muß das ganze Volk hinter uns stehen. Das ganze Deutschland soll es sein, denn es gilt die Einheit und Zukunft des deutschen Volkes zu retten und im Laufe der Jahre wieder eine Periode deutscher Wohlfahrt herbeizuführen.

Die Rede des Reichskanzlers wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen, der sich wiederholte, als Präsident von Mendelssohn dem Reichskanzler den Dank der Versammlung aussprach.

* Die neue Mahnung des Reichskanzlers an die deutsche Nation einzig zu sein im Kampfe gegen den Vernichtungswillen unserer äußeren Widersacher und im Kampfe gegen den Hunger, der uns im Innern bedroht, wird bei allen Vaterlandsfreunden volles Verständnis finden. Den Ruf des Parteihabers können wir uns in der bedrängten Lage, in der wir uns jetzt befinden, weniger denn je leisten. Wenn Dr. Wirth dabei von Krisengerüchten sprach und den Ausdruck „ultimative Drohungen“ gebrauchte, so wird man das als eine deutliche Abgabe an jene Kreise betrachten dürfen, die auch jetzt wieder die Not des Vaterlandes mißbrauchen wollen, um eigennützige parteipolitische Ziele zu verfolgen. Die Regierung habe zu führen, so verkündete der Reichskanzler. Diese Selbstverständlichkeit ist leider zu unserem schweren Schaden im neuen Deutschland oft genug nicht wirksam gewesen. Man erinnere sich nur der Nebenregierung der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die sich gerade in den Zeiten innen- und außenpolitischer Spannung hemmend und störend bemerkbar gemacht hat und auch gegenwärtig wieder mit Sonderaktionen und allerlei utopischen Forderungen aufzutreten versucht. Geht die Regierung, wie der Reichskanzler in seiner Rede verheißt hat, wirklich einen klaren bestimmten Weg, unbeeinträchtigt von Parteiströmungen und Parteirückfällen, nur mit dem einen Ziele, das Vaterland vor dem Chaos zu retten, dann kann sie der Unterstützung aller wahren Patrioten sicher sein. Diese Unterstützung werden ihr auch diejenigen, deren Ideal die demokratische Republik nicht ist, um so weniger verweigern, wenn auch von der Regierung endlich dafür gefordert wird, daß die Bewahrer der rühmreichen großen Vergangenheit nicht, wie bisher, geschmäht und verleumdet werden. Auch in dieser Beziehung enthält die Rede des Reichskanzlers in eine Art Mahnung zur Umkehr. Die erneute Warnung an die Gegner Deutschlands, die mit Säbel und Diktat Europa verunruhigen, wird man mit Genugtuung begrüßen. Sie gibt die Hoffnung, daß man jetzt endlich fest bleiben und den Reparationsfanatikern gegenüber auch in Zukunft das Wort entgegenhalten wird: „Erst Brot für das deutsche Volk, dann Reparationen!“

Die belgische Note.

* Zur Besprechung der inzwischen in Berlin eingetroffenen belgischen Note mit der Forderung einer Sicherheitsleistung von 100 Millionen Goldmark bei der belgischen Nationalbank ist das Reichskabinett am Donnerstag mittag zu einer Sitzung zusammengetreten. Wie das W.B. von privater Seite erfährt, begibt sich Reichsbankpräsident Habenstein nach London, um dort mit der Bank von England die Fragen zu besprechen, die sich auf die in den Verhandlungen mit den Vertretern der belgischen Regierung bereits berührten eventuellen Garantien von englischer Seite für die von Deutschland an Belgien zu gebenden Schatzwechsel beziehen. Wie es heißt, soll die deutsche Antwort auf die belgische Note erst nach Abschluß dieser Verhandlungen erteilt werden.

Vor neuen deutsch-französischen Verhandlungen

* Paris, 14. September. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die deutsche Regierung soll morgen ihre Antwort auf die belgische Note bekanntgeben, ob sie bereit sei, am Wechsel mit sechsmonatiger Laufzeit zu übergeben und deren Einlösung durch Hinterlegung von 100 Millionen Goldmark in der belgischen Nationalbank zu garantieren. In Paris sieht man der Mitteilung der deutschen Regierung mit der größten Spannung entgegen, und hier scheinen auch bereits die Beschlüsse gefaßt zu sein, was zu geschehen habe, wenn Deutschland sich nicht unterwerfe und die 100 Millionen Gold nicht hinterlegen sollte. Aber über den Inhalt dieser Beschlüsse gehen die Meldungen in den beiden angesehensten Pariser Abendblättern weit auseinander. Der „Temps“ behauptet, daß Deutschland über die notwendigen 100 Millionen verfüge und sie deshalb Belgien zu übergeben habe. Sonst liege eine absichtliche Verfehlung vor und die Alliierten hätten die Pflicht, sofort energisch vorzugehen, um die Rechte, die der Friedensvertrag gebe, zu schützen. Der „Intransigeant“ ist entgegengesetzter Anschauung. Nach persönlichen Erkundigungen sei in der französischen Politik ein ungeheurer Umschwung (das müssen wir erst abwarten — d. R.) eingetreten, und es sei sehr wenig wahrscheinlich, daß einer oder der andere der großen Alliierten daran denke, eine Operation mit bewaffneter Macht durchzuführen. Man stehe am Vorabend einer neuen politischen Wespung. Am 24. September werden die deutschen Industriellen in die gefährlichen Gebiete Nordfrankreichs kommen. Dubersac und andere Politiker und Großindustrielle werden die Deutschen geleiten, die von der französischen Regierung in offizieller Weise eingeladen worden seien, und zwar Hugo Stinnes, Siemens, Sorge, Krüger, Duisberg, Alldner und Felix Deutsch. Neue deutsch-französische Besprechungen würden eingeleitet werden. England würde davon sofort unterrichtet werden. Natürlich würde auch in der innerdeutschen Politik Veränderungen eintreten. Der November 1922 wird vielleicht den Abschluß des Waffenstillstandes nach vier Friedensjahren erblicken.

Es soll im Augenblick nicht entschieden werden, ob der „Temps“ oder der „Intransigeant“ die nächsten Ereignisse richtig voraussieht. Es soll aber nicht geleugnet werden, daß man in Paris jetzt vielfach für wirtschaftliche Abmachungen mit der deutschen Großindustrie eintritt. Wie unser Korrespondent glaubwürdig hört, ist auch Poincaré, worauf auch sein gestriges Gespräch mit Loucheur hindeuten konnte, kein Gegner solcher Verhandlungen mit den Industriellen, die er als den ausfallgebendsten Faktor in Deutschland betrachtet. Aber irgendeine Erklärung des sonst so wortreichen Ministerpräsidenten liegt nicht vor. Und über das, was er heute bei dem in Romouillet abgehaltenen Ministerrat vorzutragen, läßt sich der offizielle Bericht nur in sehr allgemeinen Wendungen aus, indem er sagt:

Der Ministerpräsident unterrichtete den Ministerrat über die auswärtige Lage. Er machte ihm Mitteilungen über die in Berlin zwischen den belgischen Delegierten und der deutschen Regierung wegen der bevorstehenden Zahlungen eingeleiteten Verhandlungen; ferner teilte er die Richtlinien mit, die er dem französischen Delegierten in der Reparationskommission infolge des Mißerfolges der Besprechungen erteilte. Diese Richtlinien wurden vom Ministerrat einstimmig gebilligt. Außer über das Reparationsproblem informierte Poincaré im Laufe des heutigen Ministerrates seine Kollegen über die Ereignisse in Kleinasien. Auf seinen Vorschlag faßte der Ministerrat einstimmig die Beschlüsse über die Politik, die zu verfolgen wäre, um im Orient einen dauerhaften Frieden herzustellen. Nachmittags fand ein zweiter Ministerrat unter dem Vorsitz Millerands statt, wobei über den Abstimmungstag in der Handelsmarine gesprochen wurde.

Gemeindewahlen in Thüringen.

§§ In Thüringen haben am Sonntag Gemeinde- und Kreisratswahlen stattgefunden. Auf ihren Ausfall durfte man gespannt sein, da in breiten Schichten der Bevölkerung die Unzufriedenheit mit dem scharf sozialistischen Regiment sich immer mehr bemerkbar macht. Nach den bisherigen Meldungen, die allerdings noch der Bestätigung durch die amtliche Zählung bedürfen, haben die Gemeindewahlen eine bürgerliche Mehrheit von 185 gegen 161 sozialistische Stimm ergeben. Unter den Sozialdemokraten haben die Kommunisten einen Mandatsgewinn zu verzeichnen. Auch in den Kreisräten haben die Bürgerlichen die Überhand mit Ausnahme von 5 Städten,

Auflösung des sächsischen Landtages.

Dresden, 14. September. Der sächsische Landtag hat am Donnerstag den Antrag des Rechtsausschusses auf Auflösung des Landtages mit 53 gegen 39 Stimmen in namenhafter Abstimmung angenommen. Dafür stimmten die bürgerlichen Parteien und die Kommunisten. Der sozialistische Antrag auf befristete Auflösung wurde abgelehnt. Präsident Prädobert verkündete das Abstimmungsergebnis mit den Worten: „Der sächsische Landtag ist aufgelöst. Die Sitzung ist geschlossen.“

Die Ausländerplage.

* Während überall die lebhaftesten Klagen wegen der zunehmenden Überfremdung und namentlich wegen der rückwärts losen Auswanderung des deutschen Marktes ertönen, bringt der amtliche Preussische Pressedienst über die Klaffungen und Absichten der zuständigen preussischen Regierungsstelle eine höchst befremdliche und schwer enttäuschende Mitteilung:

Danach beabsichtigt der preussische Minister des Innern in der Behandlung der Ausländer keine strengeren Vorschriften einzuführen, als sie in Preußen bereits in Geltung sind; ebenso wenig ist die Einführung einer besonderen Fremdensteuer geplant. Der dem preussischen Landtag vorliegende Entwurf eines Gesetzes über die Besteuerung des Herbergsvertrages durch die Gemeinden, nach dem Personen, die am 1. Januar 1921 ihren Wohnsitz nicht im Deutschen Reiche hatten, ein Mehrfaches des regelmäßigen Steuerfußes entrichten sollten, wird bis auf weiteres nicht zur Verabschiedung gelangen. Es wird beabsichtigt, nunmehr von Ausländern für Erteilung der für Einreise und Aufenthalt im Inlande erforderlichen Bescheinigungen Gebühren zu erheben. Auch die in letzter Zeit verschärfte Ausländerkontrolle im Landespolizeibezirk Berlin beruht nicht auf den neu herausgegebenen strengeren Vorschriften über Behandlung der Ausländer; sie hat sich vielmehr lediglich deshalb als notwendig erwiesen, weil im Laufe des Jahres der Zutritt von Ausländern immer mehr angewachsen ist und damit natürlich auch die Zahl der ins Inland gekommenen unliebsamen Ausländer sich erheblich vermehrt hat. Der Minister hat Anweisung gegeben, daß die unerlässliche Kontrolle möglichst schonend und rücksichtsvoll durchgeführt wird.

Sollte diese Mitteilung des offiziellen Organs wirklich wahr sein, dann ist in Preußen jede Hoffnung, der Ausländerplage Herr zu werden, verloren. Die Ententeleute, die Tschechoslowaken, Holländer, Dänen und die übrigen valastarften Fremden können dann ihre Stauzüge ungehindert fortsetzen, denn die Gebühren für die polizeilichen Bescheinigungen spielen ja bei den Infraktionen Geschäften in unseren Waren keine Rolle.

Anders sieht die Sächsische Regierung die Frage an. Wie aus Dresden gemeldet wird, hat auf Anregung der sächsischen Regierung die Reichsregierung die deutschen Poststellen in der Tschechoslowakei angekauft, bis auf weiteres Sichtvermerke für Reisen nach Sachsen nur noch in den Fällen zu erteilen, wo die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Reise nachgewiesen wird.

Mark oder ausländisches Geld?

W.D.Z. Berlin, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich gemeinsam mit dem finanzpolitischen Ausschuss mit der Frage der Verwendung ausländischer Zahlungsmittel im inländischen Verkehr. Nach langer Erörterung einigte man sich auf folgende Entscheidung, die einstimmig gefaßt wurde:

Dem im Schreiben des Reichsbankdirektoriums vom 8. März 1922 vertretenen Bestreben, die Mark im innerdeutschen Verkehr nicht durch fremde Zahlungsmittel verdrängen zu lassen, stimmen die Ausschüsse grundsätzlich zu. Sie sind der Meinung, daß beim Verkauf von Waren, die keine ausländischen Rohstoffe enthalten, Verwendung in ausländischer Währung erfolgen darf, als sie zur Ausfuhr bestimmt sind. Beim Verkauf von Waren, zu deren Herstellung ausländische Rohstoffe in erheblichem Maße verwendet sind, soll auch im Inlandsverkehr Verwendung in ausländischer Währung verantwortet werden dürfen, aber unter der Beschränkung auf denjenigen Anteil im Warenpreis, der dem Insoit an Auslandsrohstoffen entspricht. Die Zahlung darf im Inlandsverkehr nur in Reichsmark verlangt werden. Die in dem Schreiben des Reichsbankdirektoriums empfohlenen Maßnahmen können nicht als zweckdienlich anerkannt werden. Die Wichtigkeit der Erhaltung der Mark als Zahlungsmittel und die Notwendigkeit, sie als Wertmesser wiederherzustellen, ist unbestritten. Das darf aber nicht dazu führen, durch verwaltungsmäßiges Eingreifen in die Zahlungsbedingungen das Wirtschaftsleben in Gefahr zu bringen, nachdem es sich erwiesen hat, daß die Vielfältigkeit der Verhältnisse feste Abgrenzungen nicht gestattet

Sparame Hauswirtschaft.

In der Arena des Berliner Sportpalastes ist am 13. September die Ausstellung „Sparame Hausfrau“ eröffnet worden. Das soll ein Versuch sein, die allgemeine Not dadurch zu bekämpfen, daß Kraft und Zeit der Hausfrau gespart werden. Die Hausfrauenvereine, der Letteverein, das Friseur-Festlogis u. a. werden nicht nur durch Vorführung praktischer Wirtschaftsgegenstände, sondern auch durch belehrende Vorträge den Frauen neue Wege weisen.

Zunächst fallen die unendlich vielen Sorten von Öfen auf, die trotz — oder vielleicht auch gerade wegen unserer Kohlennot ausgestellt wurden: sehr hübsche braune, grüne, blaue Schmelzöfen, auch eiserne, in den verschiedensten Formen und Größen, — elektrische Heizapparate, sowie Gasöfen. Alles Objekte, an denen ein bewaunteswörter Bewohner von Räumen mit Zentralheizung nur mit Neid vorübergeht. Ein Grubeofen hat sogar den Inhaber zu einem Gebicht begeistert, das ich aber lieber nicht mitteile, in der Hoffnung, daß der Ofen mehr wert ist als das Gebicht. — Sehr verlockend scheinen auch flache Gasröhren, die unter die Badwanne geschoben und da angezapft werden können zum Zweck für die mangelnde Warmwasserbereitung: solch ein Bad soll nur zehn Mark kosten!

Für die Küche sind gasparende Kocher ausgestellt, die mit winziger Flamme brennen. Daneben stehen Berge von Aluminiumtöpfen, genau ineinander passende, von denen der zweite den Deckel für den ersten bildet, der dritte für den zweiten usw. Ganz oben liegt eine glänzende braune Pappwanne, die uns an die gute alte Zeit erinnert, als ein Gefäß mit noch etwas Alltägliches war und das Silo Aluminium noch nicht 1000 Mark kostete. Sämtliche Töpfe werden mit einer hohen Haube zugebedt. Zum Schneiden von Gemüse und Kartoffeln werden besonders rasch arbeitende Apparate gezeigt, auch eine Leigriehmaschine ist da. Sogar die verschiedene Leistungsfähigkeit von Quirlen ist berechnet worden: Nr. 1 arbeitet viermal so schnell als Nr. 4. Ein Babium-Konvertierungs-Apparat spart langes Kochen. Und eine Miniatur-Küchengeräte wird zur Nachahmung empfohlen. Für Untermieter sind dem Blamangel entsprechend raumparende Möbel ausgestellt: Sofa-betten, Truhen, Sessel, die zum Schlafen benutzt werden können. Auch eine Anrichte, die einen Handwerkskranz, Beisen und Nähutensilien beherbergt.

Einige Berliner Schokoladenfirmen zeigen verlockend arrangiertes Konfekt von 500 Mark das Pfund an: also nicht aus Pappe, wie die Wäns. Und zum Verkauf der Kog-Wäns und Popjes ist die Verkäuferin holländisch flüsternd worden. Ich begriff zwar den Zusammenhang von Popjes und „Sparamer Hauswirtschaft“ nicht, aber viele Hausfrauen zeigten mehr Verständnis als ich und kauften Märchen und der verlebten Dame.

In Gelee und Puddingpulvern zu Hammeris liefern alle Firmen „das Beste“. Kritische Frauen lässeln abwechselnd braun-weißrote Kostproben. Rathreiners Malzstee wird in Mosk-

New-York, 14. September. (Zuntdienst.) Wechsel auf Berlin Schlussskurs 100 Mark = 0,06 1/2 (0,06 1/2) Dollar. Das bedeutet umgerechnet ein Dollar gleich 1538,461 (1600,00) Mark.

und daß importierende Industrie und Handel gegen die Risiken langfristiger Ein- und Verkaufsverpflichtungen sich nur durch Berechnung n Auslandsdewährung sichern können. Die Korrektur eingetretener Mißstände muß vor allem in der Hebung der Produktion, in der Verringerung überflüssiger Einfuhr wie überflüssigen Verbrauches, in der nur dadurch dauernd erreichbaren Verbesserung unserer Zahlungsbilanz gesucht werden. Die erforderlichen Maßnahmen sollen zunächst durch freie Vereinbarungen der an Erzeugung, Absatz und Verbrauch beteiligten Verbände erzielt werden. Die Regierung wird gebeten, auf die Verbände in diesem Sinne hinzuwirken, und die bestehenden Bestimmungen zur Eindämmung der Zahlung mit ausländischen Zahlungsmitteln auf das unbedingt notwendige Maß mit aller Schärfe zur Anwendung zu bringen, und nötigenfalls zu ergänzen.

Abbruch der deutsch-spanischen Wirtschafts-Verhandlungen.

Das Wolffbüro meldet: Die auf Einladung der spanischen Regierung im April 1922 in Madrid begonnenen deutsch-spanischen Verhandlungen über den Abschluß eines neuen wirtschaftlichen Abkommens wurden bekanntlich dadurch plötzlich sehr erschwert, daß die spanische Regierung ohne jede Ankündigung inmitten der Verhandlungen den für den deutschen Handel mit Spanien überaus schädlichen, erst kurz vorher auf das deutsche Entgegenkommen hin aufgehobenen Valutazuschlag in der schärfsten Form wieder eingeführt hat. Trotz dieses Vorgehens, das als eine Verletzung des Deutschland bis zum Ablauf des von Spanien geforderten derzeitigen modus vivendi bis zum 21. Dezember 1922 zustehenden Meistbegünstigungsrechts angesehen werden muß, hat sich die deutsche Regierung bemüht, die Verhandlungen nicht abbrechen zu lassen. Der im Laufe der Verhandlungen von der spanischen Regierung gemachte Vorschlag, den Valutazuschlag aufzuheben, deutsche Waren aber fortan nach Skolone 1 des spanischen Zolltarifs zu verzollen, war für Deutschland unannehmbar, schon weil es dadurch auf sein bis zum 21. Dezember 1922 bestehendes Meistbegünstigungsrecht verzichtet hätte. Dieses Meistbegünstigungsrecht wurde leider vor kurzem erneut von Spanien verlegt, indem deutschen Waren die vor kurzem von Spanien, der Schweiz und Frankreich ausgestandenen Zollermäßigungen verweigert wurden. Unter diesen Umständen sah sich die deutsche Regierung gezwungen, der spanischen Regierung mitzuteilen, daß sie von einer derzeitigen Fortsetzung der Verhandlungen leider kein beides Teile befriedigendes Ergebnis erwarten könne. Da sie jedoch wünsche, die jahrzehntelang bestehenden Handelsbeziehungen mit Spanien so lange wie möglich aufrecht zu erhalten, hoffe sie, daß es noch vor dem in Dezember 1922 erfolgenden Ablauf des jetzt bestehenden modus vivendi zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen kommen werde.

Zum Untergange der „Hammonia“.

Hamburg, 14. September. Nach den bis Donnerstag vormittag bei der Sparg eingegangenen Nachrichten sind alle an Bord der „Hammonia“ gewesenen Passagiere und Mannschaften als gerettet festgestellt bis auf die zehn in Spanien an Bord gekommenen Passagiere und fünf Personen der Besatzung, über deren Verbleib bis zur Stunde Nachrichten fehlen. Der Hamburg-Amerika-Palettensahrtgesellschaft ist aus Fundal ein Radiotelegramm zugegangen, daß der Dampfer „City of Valencia“ sieben Passagiere der gesunkenen „Hammonia“ dort gelandet hat. Die Geretteten kehren am 25. September nach Vigo zurück.

Das Gesuch Ungarns um Aufnahme in den Völkerbund.

Gesf, 14. September. Der vom sechsten Ausschuss (politische Angelegenheiten) zur Prüfung des Aufnahmefesuchs Ungarns eingesetzte Unterausschuss hielt heute vormittag unter

Vorsitz von Loubon-Holland eine geheime Sitzung ab, in der der ungarische Vertreter, Minister des Inneren L. Vanffy, das ungarische Aufnahmefesuch kommentierte. Der Unterausschuss beschloß, noch heute dem Gesamtausschuss Bericht zu erstatten. Es verläuft, daß sich der Bericht im allgemeinen günstig über die Aufnahme Ungarns äußert.

Verchiedene Mitteilungen.

— Die Schullosigkeit der Deutschen am Oberkaffeler Zwischenschiff ist erneut festgestellt worden. Wie die Brüsseler Agence Belge meldet, ist der Deutsche Raube, der im Zusammenhang mit dem Zwischenfall festgenommen worden war, wieder freigelassen worden, da ihm keine Schuld nachgewiesen werden konnte.

— Der Haushaltsplan der Reichseisenbahn für 1923 ist im Reichsverkehrsministerium nunmehr fertiggestellt und in das Reichsfinanzministerium weiter geleitet worden. Der Etat ist auf der Grundlage der vollkommenen Deckung der ordentlichen Ausgaben durch die ordentlichen Einnahmen aufgebaut. Auf Grund des Sparplans ist die Besetzung der Stellen in den verschiedenen Dienstgruppen II bis VIII ist die Schaffung von 12 000 neuen planmäßigen Stellen vorgesehen worden, wovon die Überführung aller Diätäre in das planmäßige Beamtenverhältnis. Mehr als die Hälfte dieser Stellen entfällt auf die Besoldungsgruppe III. Die Schaffung der neuen Stellen ist eine Auswirkung des Reichsbesoldungsgesetzes vom 30. April 1920, in dem bestimmt ist, daß die Diätäre nach fünf Jahren Diätarierdienst in das planmäßige Verhältnis übernommen werden müssen. Außerdem werden in Fortsetzung der Neuordnung der Werkstättenbetriebe 1000 Werkführerstellen aus der Besoldungsgruppe V nach Gruppe VI überführt.

— Der Überwachungsausschuss des Reichstages bewilligte einstimmig zur Fertigstellung der begonnenen Wohnungsbauten nach den Reichstagsbeschlüssen 8 Milliarden Mark, die durch die Landesregierungen den Trägern des Wohnungsbaues (Wohnungsbauvereine, Gemeinden und Siedlungs-gesellschaften) übermitteln werden sollen. Auf eine Anfrage von deutschnationaler Seite teilte der Vertreter des Reichsfinanzministeriums mit, daß die Notlage der Invaliden von 1870/71 gebessert werden soll und entsprechende Maßnahmen bereits in Angriff genommen seien.

— Sparmaßnahmen des Berliner Magistrats. Der Magistrat hat die Einstellung aller Koch- und Tiefbauarbeiten, bei denen die Arbeiten noch nicht erheblich begonnen haben, beschlossen, ferner eine sechs wöchige Unterbrechung des Schulunterrichts im Winter zur Ersparnis der in dieser Zeit nötigen Heizungsenergie. Dafür sollen die Herbstferien wegsfallen. Ferner wurde die Zusammenlegung gering besuchter Oberklassen in den städtischen Schulen beschlossen.

— Die Not der Presse. Der Berliner „Reichsbote“ wird vom 1. Oktober ab nur noch einmal täglich als Abendblatt erscheinen.

— Österreichische Kartoffelaufkäufe. Die landwirtschaftlichen Organisationen des Reichslandsberg a. d. Markte haben an die Reichsregierung eine Beschwerde über österreichische Kartoffelaufkäufer gerichtet, die 800 Mark pro Zentner zahlten.

— Das deutsch-polnische Abkommen über die Erfassung der polnischen Güter für die durch die deutschen Besatzungsbehörden während der Okkupation aus Polen nach Deutschland fortgeführten Güter soll laut Beschluß des polnischen Minister Rates sehr dem Seim zur Genehmigung vorgelegt werden. Nach diesem Abkommen verbleibt Polen auf die Zurückhaltung der fortgeführten Güter gegen eine Entschädigung von 5500 Tonnen Maschinen und Industriematerialien und 1045 Tonnen Rohöl.

— Portugal verzichtet auf Beschlagnahme deutschen Eigentums. Nachrichten aus Lissabon zufolge hat das portugiesische Parlament auf das Recht verzichtet, in Anwendung des § 18 Anlage 2 des Teiles 8 des Vertrages von Versailles deutsches Privateigentum, das nach Inkrafttreten des Friedensvertrages nach Portugal gelangt ist, zu beschlagnahmen. Der Beschluß der portugiesischen Regierung ist im „Diario do Governo“ vom 5. September veröffentlicht worden.

— D. Einigung im Wiener Zeitungstreit. Die Verhandlungen vor dem Einigungsamt haben zu einer Einigung zwischen Druckereibesitzern und Gehilfenschaft geführt. Die Gehilfen erhalten für die laufende Woche einen Zuschlag von 50 Prozent für den Rest des September einen solchen von 75 Prozent und für die erste Hälfte des Oktober einen Zuschlag von 80 Prozent, zu dem Grundlöhnen. In der Zwischenzeit werden die Verhandlungen über die neuen Kollektivverträge zu Ende geführt werden.

lassen an kleinen Fischchen serviert. Und ganz in der Nähe stellt Wolle aus: Volles Dohurt ist für Leute, die durchaus ihr Leben verlängern wollen. Wieviel Jahre bei dem Genuß von jedem Glase Dohurt gespart werden, ist allerdings noch nicht berechnet worden. Wenn nach diesem Bericht die Ausstellung immer noch zu „sparsam“ ist, den mache ich auf wunderliche Güte aufmerksam, die hier zu sehen sind. Auch herrliche Strickdecken, Hütschen, Subblumen kann man bewundern. Und daß bunte Zumper nicht fehlen, ist selbstverständlich. Margarette Seilmann.

Moderne Sternwarten.

Über die Anlage moderner Sternwarten finden wir in einem interessanten Aufsatz „Alte und neue Sternwarten und deren Bedeutung für die Astronomie“, den Dr. H. Prager im Septemberheft der „Deutschen Revue“ (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt) veröffentlicht, die folgenden Angaben:

Die Bedingungen, die man heute an ein den wissenschaftlichen Anforderungen entsprechendes Sternwartegebäude stellen muß, sind vor allem: Von Bodenschallübertragungen freie, ruhige, staubfreie Lage und möglichst große Entfernung von zusammenhängenden Gebäuden. Ein freier Überblick nach allen Richtungen ist erwünscht, aber nicht unbedingt nötig, denn in der Nähe des Horizontes lassen sich doch keine brauchbaren Beobachtungen anstellen. Das Innere großer Städte ist also gänzlich ungeeignet, am besten ist der Gipfel eines Berges in genügender, aber nicht zu großer Entfernung von einer Stadt und der Eisenbahn. Denn bei den technischen Bedürfnissen, die ein moderner Sternwartenbetrieb erfordert, ist die nicht zu schwierige Erreichbarkeit wenigstens aus ökonomischen Gründen empfehlenswert. In unserem Klima, bei dem sich der Himmel plötzlich aufklärt und bald wieder mit Wolken bedeckt, ist es außerdem notwendig, daß der Beobachter in unmittelbarer Nähe der Sternwarte seine Wohnung hat, um jede Gelegenheit zum Beobachten ohne Zeitverlust wahrnehmen zu können. Die älteren Sternwarten waren deshalb meist so eingerichtet, daß die Beobachtungsräume auf dem Dach oder in dem obersten Stockwerk des Wohnhauses untergebracht waren. Das hatte den Nachteil, daß die Pfeiler, auf denen die Fernrohre montiert wurden, nicht die gewünschte Standsfestigkeit hatten. Man ist deshalb in neuerer Zeit dazu übergegangen, die Beobachtungsräume zu ebener Erde und möglichst entfernt von den Wohnräumen zu legen.

Als größte Sternwarte, die nach solchen Gesichtspunkten gebaut worden ist, ist die russische Zentralsternwarte in Wilkoma bei St. Petersburg zu nennen (1899), ferner die Sternwarten in Wien, Potsdam und viele andere. In neuerer Zeit ist man noch einen Schritt weitergegangen und baut die Sternwarten im teinen Babillonssystem. Hier hat jedes Instrument sein eigenes Haus. Die Wohnhäuser und das Dienstgebäude, das Bibliothek, Laboratorien, Nachzimmer usw. enthält, werden so einzeln angelegt, daß die mit ihnen notwendig verbundene Wärme- und Rauchentwicklung die Beobachtungen nicht beeinflussen kann. Das Terrain ist mit Bäumen und Büschen zu bepflanzen, um

möglichste Staubfreiheit der Luft herbeizuführen. In diesem Stil sind von den deutschen Sternwarten Heidelberg-Königsstuhl, Hamburg-Bergedorf und Berlin-Babelsberg errichtet worden, ebenso die großen amerikanischen Sternwarten, wie das Lick-Observatorium auf dem Mount Hamilton und die von Carnegie gestiftete Sternwarte auf dem Mount Wilson, beide in Kalifornien. Mit Ausnahme der Sternwarte in Washington sind alle anderen der zahlreichen Sternwarten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht mehr aus Staatsmitteln gebaut worden, sondern danken ihre Entstehung und die Mittel zu ihrer Unterhaltung den Schenkungen Privater.

Bekannt ist die Geschichte von dem reichen New Yorker James Lid, der sich eine Pyramide als Grabmal bauen wollte, bis er von einem Astronomen betrogen wurde, hat dessen eine Sternwarte zu stiften mit dem größten damals existierenden Fernrohr. Unter dem Pfeiler dieses Fernrohrs, dem die Astronomie eine große Reihe der wertvollsten Beobachtungen verdankt, hat er seine Ruhestätte gefunden. Lid war nicht der erste und nicht der letzte von denen, die durch ihre Schenkungen hervorragende Stätten der astronomischen Forschung in Amerika schufen. In Europa jedoch haben diese Männer und Frauen erst wenige Nachfolger gefunden, und das ist mit ein Grund, warum die amerikanischen Astronomen in der astrophysikalischen Forschung, der sie sich vorwiegend widmen, heute — nach verhältnismäßig kurzer Zeit — den hervorragendsten Platz einnehmen, den sie in dem Wettstreit der Nationen erobert haben.

Thaltheater. „Heimat.“ Soll im Thaltheater nach neuem Kurs gesteuert werden? Will man statt der ewigen Posse wieder wie früher, auch das erste Drama zu Wort kommen lassen? Die am Mittwoch erfolgte Aufnahme von Sudermanns „Heimat“ in den Spielplan könnte dieser Vermutung recht geben. Aber das Schauspiel selbst pflegt die Mehrzahl der Kritiker stets meidlich zu schimpfen, was nicht hindert, daß es zu den meistgespielten deutschen Theaterstücken im In- und Auslande gehört. Das Interesse an der jetzigen Vorstellung konzentrierte sich auf die Magda der Frau Demasch. Wir haben in Weeslau seit der Magda der Tilla Durieux sicher keine so fesselnde Vertreterin dieser Charakterrolle mehr gesehen. Sie hat mit ihrer bekannten Berliner Kollegin die große Würde gemeinsam, die Atmosphäre der internationalen Welt, die sie in die dumpfen Straßen des alten Oberleitnants Schwarze hineinbringt. Im übrigen verfehlt sie den gewaltigen Aufwand ihres ganzen Daseins und Wählens von jenem ihrer Angehörigen stets auch dann zum Ausdruck zu bringen, wenn der Dichter (falls man Sudermann so nennen darf) oft genug ins Nüchternste hinabgleitet. Es war in ihr etwas Ablehnendes und Kaltes, eine Frucht harter Lebensschule. Ihr amantiger Gegensatz, blond und hübsch, war als Maria Pr. von Henk. Den Platter Festabend hätte man sich ein wenig weniger denken, als ihn Herr Arnfeld aufstufte, während Herr Barg gelegentlich zu sozial wirkte. Das Haus war schwach besucht. A. D.

